

Als neue, revolutionäre Partei, die von Anfang an den zentralen Machterwerb mit allen Mitteln zum Ziele hatte, mußte sich die KPD nach dem Scheitern ihrer Putschabsichten nach 1923 auf das mühselige Alltagsgeschäft der kommunalen Politik einlassen. Es fiel ihr nicht leicht; denn sie wurde daran durch viele Vorbehalte gehindert. Einmal lehnte sie das Institutionsgefüge der Republik, besonders aber die kommunale Selbstverwaltung als Hochburg des sozialdemokratischen Reformismus, ab. Das disponierte sie zum prinzipienlosen Taktieren im Bereich der Kommunalpolitik, je nachdem H. Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann den Kurs bestimmten bzw. exekutierten: einmal gegen die Erzfeinde der Sozialdemokratie, dann wieder bedingt mit ihnen und schließlich wieder gegen sie. Zum anderen war ihre eigene Staatstheorie widersprüchlich, teils am sozialistischen Zentralismus orientiert, teils an der Basisdemokratie des Rätessystems. Dieser Widerspruch wurde noch durch die Ablehnung der entsprechenden, ebenfalls miteinander im politischen Widerstreit liegenden Staatsprinzipien der demokratischen Republik kompliziert. Die Krise der Selbstverwaltung in der Weimarer Republik war ja nicht nur eine der faktischen Sozial- und Finanzpolitik, sondern auch des Staatsverständnisses einer weithin zentralistisch verstandenen, de facto aber föderalistischen und pluralistischen Republik. Sollte man die »kapitalistische Rationalisierung« und Zentralisierung akzeptieren, weil man dieses Grundprinzip selbst anstrebte, oder ablehnen, weil sie in der aktuellen Situation dem »Klassenfeind« zum Vorteil gereichte? In der Finanzpolitik entschied man sich gegen den Zentralismus, in der Eingemeindungsfrage eher dafür.

In diese politische Orientierungslosigkeit brachten nur die formalen Prinzipien des innerparteilichen Zentralismus und der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau einige Ordnung. Die abrupten und desto rücksichtsloser durchgesetzten Kehrtwendungen von der Distanz zur »Radaupolitik« 1924, von loyaler Opposition zur hemmungslosen Agitation gegen die »Sozialfaschisten« 1928/29 erleichtern der Historikerin die Periodisierung, verwirren aber die unter den unvollkommenen sozialen Verhältnissen des Weimarer Staates leidenden Anhänger. Sie führten immer wieder zu Ausschlüssen, Austritten und Abspaltungen in den Stadtratsfraktionen und bei der Anhängerschaft in den Ruhrgebietsstädten.

Nach Beatrix Herlemanns Ergebnissen kann man sagen, daß es nur von 1925—1928 eine genuine Kommunalpolitik der KPD gegeben hat, vorher und nachher allenfalls agitatorische Lokalpolitik. Das während dieser engagierten Periode der Kommunalpolitik erschlossene Feld von Lebensproblemen der Arbeiterschaft, von den Wohnungsfragen über Erwerbslosigkeit, administrative Preise zur Schulpolitik, bei deren Linderung die KPD auch einmal das Parteiprestige hinter den praktischen Nutzen für die Arbeiterschaft zurückstellen konnte, wurde ab 1929 in frontale Agitation umgesetzt. Es gehörte zu den Fehlleistungen der Republik, daß sie dieser prinzipiellen Kritik Vorschub leistete, indem sie die institutionellen und finanziellen Grundlagen einer ihrer Basisinstitutionen, der Gemeinde, schwächte. Beatrix Herlemanns Arbeit macht diese Probleme in einer abgewogenen Bewertung deutlich.

Wolfgang Hofmann

Ursula Langkau-Alex, *Volksfront in Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933—1936*, Syndikat Verlag, Frankfurt 1977, 364 S., Halbleinen, 48 DM.

Hans Georg Lehmann, *In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*, Verlag C. H. Beck, München 1976, 387 S., Pb., 29,80 DM.

Nachdem die Geschichte der deutschen Emigration lange Zeit im Schatten der »großen« Ereignisse gestanden hatte, hat sich in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse dem Schicksal der durch Hitlers Machtergreifung zur Flucht und zum Exil gezwungenen

Deutschen zugewandt. Mit den in diesem Zusammenhang veröffentlichten Arbeiten differenzierte sich auch das bisher recht verschwommene Bild der Emigration. Nicht nur verkörperte sie den Exodus des größten Teiles der geistigen Elite Deutschlands, sondern auch die Spitzen der republikanischen Parteien, die sich nicht hatten gleichschalten wollen. Die politische Kultur Deutschlands lebte im Auslande weiter, nachdem sie in der Heimat selbst ausgelöscht worden war.

Einen außerordentlich interessanten Aspekt der politischen Entwicklung der deutschen Emigration beleuchtet die Studie von *Ursula Langkau-Alex*: die Bemühungen um eine Sammlung aller Hitler-Gegner im Exil, um als Alternative zur Diktatur in Deutschland eine breite Volksfront zu gründen, zunächst als vorbereitenden Ausschuß und für die Zeit nach Hitler als politische Realität. Aufgekommen war dieser Gedanke bereits bei der Hindenburg-Wahl 1932; er wurde vorwiegend von Schriftstellerkreisen und den zwischen SPD und KPD angesiedelten »Zwischengruppen« getragen. Jedoch konnten die beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung diesen Bestrebungen keinerlei Interesse abgewinnen. Aus einer schließlich sich als Fehleinschätzung erweisenden Kalkulation heraus unterstützte die SPD die Kandidatur Hindenburgs, die KPD votierte für Thälmann. Tiefe gegenseitige Abneigung, unvereinbare Führungsansprüche, »Sozialfaschismus«-Theorie und Konzeptionen von der »Einheitsfront von unten« ließen auch eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien nicht zu.

Von rund 60 000 Emigranten, die bis Ende 1933 Deutschland aus Gründen politisch, religiös oder rassistisch motivierter Verfolgung verlassen mußten, ließ sich fast die Hälfte in Frankreich nieder; es blieb auch in den nächsten Jahren bevorzugtes Refugium für deutsche Flüchtlinge. Frankreich und hier wiederum Paris wurden zum geistigen, kulturellen und politischen Zentrum des anderen Deutschland. Ursula Langkau-Alex verfolgt die teilweise verwirrende Vielfalt von Zirkeln, Gemeinschaften, Kreisen, Vereinigungen und Zeitschriften, die sich dort konstituierten, manchmal recht bald umbenannten und umgruppierten und vielfach auch wieder auflösten. Stärkste Kraft war die Exil-KPD, die mit Hilfe der französischen Schwesterpartei und kommunistisch geführter Massenorganisationen ihr Zentrum in Paris einrichtete. Sie war dadurch auch geographisch und technisch dem nach Prag geflüchteten sozialdemokratischen Parteivorstand überlegen. Erwähnenswert sind hier aber vor allem die Schriftstellerkreise, aus denen vor allem die Persönlichkeit Heinrich Manns herausragt, und Zeitschriften wie das »Pariser Tageblatt«, die alle Bestandteil einer zum Dritten Reich antithetischen, politischen Gegenkultur verkörperten: insgesamt ein Mikrokosmos von Organisationen und Aktionen, beherrscht von der für jede Emigration charakteristischen Atmosphäre von Angst, Hoffnung, Resignation und Mißtrauen.

Die politischen Fronten innerhalb der deutschen Emigration blieben gegenüber der untergehenden Weimarer Republik nahezu unverändert. Zwar hatte vom Sommer 1934 bis Anfang Januar 1935 im Saargebiet eine Einheitsfront aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestanden, die von kleineren katholischen und autonomistischen Gruppen unterstützt wurde. Aber eine Wiederholung dieses Vorbildes erwies sich im Exil als äußerst problematisch. Zu stark gingen die kurz- und langfristigen Ziele und Erwartungen der verschiedenen Emigrantengruppen auseinander. Dennoch bildete sich im Herbst unter der Federführung von Heinrich Mann, bei aktiver Mitwirkung von Willi Münzenberg und reger Anteilnahme zahlreicher deutscher Schriftsteller im Pariser Hotel »Lutetia« ein Komitee, das die einmal aufgegriffene Diskussion institutionalisierte. Nach längeren Diskussionen und Kontroversen konstituierte sich schließlich im Februar 1936 unter dem Präsidium von Heinrich Mann der »Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, der mit programmatischen Stellungnahmen und Manifesten dem Dritten Reich den Kampf ansagte. Mit dieser zukunftsorientierten Perspektive endet der erste Band des Buches. Der zweite wird das endgültige Scheitern der Bemühungen um eine geschlossene antifaschistische Front im Exil darstellen.

— Die Studie von Ursula Langkau-Alex gibt nicht nur einen guten Überblick über das politische Geschehen in der deutschen Emigration, sondern nimmt aufgrund der zahlreichen biographischen und parteigeschichtlichen Details gelegentlich den Charakter eines Nachschlagewerkes an. Leider bringt sie diese teilweise sehr wichtigen Fakten überwiegend im Anmerkungsteil unter, dem gegenüber der eigentliche Text nur ein Drittel des gesamten Buches ausmacht; dadurch wird die Lektüre des im übrigen flüssig geschriebenen Buches erschwert, und manches wichtige Detail geht dabei verloren. Es ist zu hoffen, daß der zweite Band hierin stärker auf den Leser Rücksicht nimmt und dadurch auch einen breiteren Leserkreis anspricht.

Die regen politischen Aktivitäten innerhalb der deutschen Emigration erwecken gelegentlich den Eindruck, daß sich Vertreter der Exilparteien und Schriftsteller für Akteure der Geschichte hielten, obgleich die meisten von ihnen eher Getriebene und Gejagte waren. Von diesem zweiten Aspekt handelt die wichtige Studie von *Hans Georg Lehmann*. Bereits Jahre vor der Machtergreifung hatten führende NS-Funktionäre die Todesstrafe für »Verbrecher an der Ehre des Volkes« gefordert und damit zu erkennen gegeben, daß mit der Machtergreifung der Konflikt mit Andersdenkenden keineswegs abgeschlossen sein würde. Die NS-Bewegung bestritt ihren Kritikern nicht nur das Recht auf eigenes Denken, auf politisches Wirken in Deutschland, sondern sogar auf physische Existenz. Die Verfolgung endete daher nicht mit dem Verlassen Deutschlands, sondern erstreckte sich auch auf das Ausland. Das Hitler-Regime begrüßte es zwar, daß seine Gegner zu einem Zeitpunkt, in dem es noch keineswegs gefestigt war, als Faktor der Innenpolitik weitgehend verschwanden; es fürchtete aber andererseits die Aktivitäten der Emigranten im Ausland, die das internationale Ansehen des Regimes schädigen und von außen bekämpfen konnten.

Bereits Anfang Mai 1933 ließ die neu geschaffene Geheime Staatspolizei Listen anfertigen über Personen, die sich im Auslande durch »staatsfeindliche Umtriebe« bemerkbar machten. In den ersten Jahren des Dritten Reiches stellte die Gestapo allmählich eine Datenbank mit sämtlichen Informationen über deutschsprachige Emigranten zusammen: persönliche Daten, politische Betätigung, rassische Herkunft, Tag und Motive der Flucht usw. Dieses Emigrantenarchiv gibt durch seine von den Kriegereignissen verschonten Reste einen Einblick in die umfassende Verfolgungsapparatur des Nazi-Regimes. Zentrales Instrument im Kampf gegen exilierte Deutsche war die sogenannte Ausbürgerung. Am 14. Juli 1933 wurde auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes das »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit« erlassen. Es konnte angewendet werden, wenn Deutsche außerhalb des Reichsgebietes entweder durch ihr »Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben« oder einer Aufforderung des Reichsinnenministers zur Rückkehr keine Folge leisteten. Die dehnbar gefaßten Formulierungen der Ausführungsbestimmungen ließen nahezu jede Willkür zu. Im August 1933 wurde die erste Liste ausgebürgerter Emigranten veröffentlicht, unter denen sich Namen wie Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann, Otto Wels und Willi Münzenberg befanden. Diese Praxis entfaltete ihre Eigendynamik und führte zu Weiterungen, von denen bis Kriegsende fast 39 000 Deutsche betroffen wurden. Noch im März 1945 wurden — offensichtlich letztmals — 31 Personen ausgebürgert.

In diesem düsteren Kapitel deutscher Geschichte lassen sich drei Phasen unterscheiden. Von 1933 bis 1937 wurden vor allem Politemigranten verfolgt: Politiker, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler. Von 1937 bis Kriegsbeginn wurden aufgrund eines Geheimerlasses Himmlers weiterhin Politemigranten, aber in zunehmendem Maße auch Juden ausgebürgert. Die dritte größte Gruppe stellten die in den Kriegsjahren Expatriierten, zu denen vor allem Juden und ihre »deutschblütigen« Ehepartner sowie Wehrdienstverweigerer und Fahnenflüchtige gehörten. Sie stellten die große Masse der Namenlosen dar, deren Schicksal

in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wurde. Nur die wenigsten der ausgebürgerten Deutschen waren materiell gesichert und in der Lage, sich aus eigenen Mitteln am Leben zu erhalten. Mit der Ausbürgerung wurden sie staatenlos und waren damit auch der Willkür ihrer Gastländer schutzlos ausgeliefert. Mit dem Exil begann für die meisten ein gehetztes Dasein zwischen Furcht und Not. — Lehmann exemplifiziert vor allem die politischen Aspekte dieser Thematik am Schicksal Willy Brandts, der 1933 als 19-jähriger von Deutschland nach Norwegen emigriert war und dort in Anlehnung an die norwegische Sozialdemokratie für die kleine, aber aktive SAP wirkte. Die geringen Kenntnisse, die Himmlers Geheimdienste über seine Aktivitäten hatten, reichten aus, um ihn im Jahre 1938 gleichfalls auszubürgern.

Der zweite Hauptteil des Buches befaßt sich mit einem für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschämenden Kapitel: dem der Remigration und Wiedergutmachung. Die ersten Hindernisse wurden den deutschen Flüchtlingen noch von den westlichen Siegermächten in den Weg gelegt, sofern sie nicht als Dolmetscher oder Berater alliierte Uniformen trugen. Vielfach aber lebten die von Goebbels verbreiteten Pauschalurteile weiter. Die Emigranten wurden nicht als Vertreter des anderen Deutschland begrüßt, sondern mußten sich vielfach auch noch rechtfertigen. In manchen Fällen wurde die Ehrenhaftigkeit ihrer Emigrationsmotive angezweifelt; nicht selten wurden Wiedergutmachungsanträge mit bürokratischen und demütigenden Auflagen verbunden, so daß einige Emigranten aus Furcht vor amtlichen Schikanen auf ihre Ansprüche verzichteten. Vor allem aber Diffamierungen in der Öffentlichkeit und Unterstellungen nationaler Unzuverlässigkeit, wie sie gerade Willy Brandt hat erleben müssen, gehören zu den unbewältigten Fragen der allerjüngsten Zeitgeschichte. Es ist als besonders wertvolles Merkmal dieser klar gegliederten und flüssig geschriebenen Untersuchung hervorzuheben, daß sie das Thema nicht mit dem Jahre 1945 abschließt, sondern mit seinen Folgeproblemen bis in die Gegenwart fortführt.

Patrik von zur Mühlen

Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933—1940, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976, 354 S., Ln., 34 DM.

Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933—1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 412 S., brosch., 23,80 DM.

Karl Flanner, Widerstand im Gebiet von Wiener Neustadt 1938—1945, Europa-Verlag, Wien 1973, 352 S., Ln., 35 DM.

Peter Altmann/Heinz Brüdigam/Barbara Mausbach-Bromberger/Max Oppenheimer, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, hrsg. i. A. des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1975, 334 S., Ln., 35 DM (2., verb. Aufl., Frankfurt 1979, 42 DM).

Die hier anzuzeigenden Bücher berichten in verschiedener Weise (Quellenpublikation, Analyse, Bilddokumentation) vom antifaschistischen Widerstand in einzelnen Teilen Deutschlands (Baden, Ruhrgebiet) und Österreichs (Wiener Neustadt).

Aus der Sicht nationalsozialistischer Behörden wird in der von Jörg Schadt bearbeiteten Quellenedition der vor allem von der KPD und SPD getragene Widerstand gegen die Hitler-Diktatur in Baden dokumentiert. Dem Quellenteil vorangestellt ist eine 22 Seiten